

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/27

Bonn, den 8. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Der Wald ist für alle da !	89

Eine Initiative der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Von Hansheinz Bauer, Würzburg, MdB

3	Hessens Erfolgsbilanz - 1 000 000 Wohnungen	47
---	---	----

"Nicht jedem e i n e, sondern jedem s e i n e Wohnung"

Die Devise von Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn

4	Bukarest	47
---	----------	----

Rumäniens Hauptinteressen liegen auf dem Balkan

Von Pierre Simonitsch, Gené

5 - 6	Großbritannien will in die EWG	81
-------	--------------------------------	----

Vor dem Besuch des britischen Premierministers Wilson in Bonn

Von Fritz Segall, London

+ + +

Der Wald ist für alle da !

Eine Initiative der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Von Hansheinz Bauer, Würzburg, MdB

Seit erdenklicher Zeit rühen sich viele an der Förderung der Volksgesundheit interessierte Organisationen und Private aus den verschiedensten Bereichen auf allen möglichen Ebenen darum, der durch Absage und andere unnatürliche Auswirkungen moderner Industrielandschaft gekennzeichneten Verdichtungsräumen und Ballungsgebieten ein Äquivalent in Form von Erholungsland und Freizeitraum gegenüberzustellen. In dem gleichen Maß, in dem diese Frage immer drängender wurde, wuchs auf der anderen Seite die Neigung der Besitzer an Wald und Gewässern, ihre Areale immer mehr abzuschirmen und zu sperren - nicht nur aus den verständlichen Gründen der Brandgefahr und Verunreinigung als Folge des Massentourismus. Hier hat nun die IPA (Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft) - eine Zusammenfassung von Abgeordneten aus Bundestag und Länderparlamenten - in Bonn die Initiative ergriffen und in ihrem Ausschuß "Zutritt zu Wald und Gewässern" ein erstes konkretes Ergebnis zum Thema Wald erarbeitet und in ihrer Vollversammlung am 31.1. 1967 angenommen.

Man hat die einschlägige komplizierte Gesetzgebung - ganz überwiegend Länderzuständigkeit - "durchforstet", juristisches Gestrüpp gerodet und den Hebel an einem zentralen Punkte angesetzt: dem Eigentumsbegriff des § 903 BGB. In Anlehnung an eine Regelung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs wird gesagt, daß der Eigentümer eines Waldgrundstückes dessen Betreten im ortüblichen Umfang zu dulden habe, soweit nicht wesentliche forstwirtschaftliche, jagdliche oder landespflegerische Erfordernisse entgegenstehen oder gesetzliche Regelungen Ausnahmen zulassen, wobei Naturschutzmaßnahmen oder Landesvorschriften zugunsten der Forstkulturen (Schonungen) im Vordergrund stehen. Ohne diese Eigentumseinschränkung mit Rückendeckung der im Art. 24 des Grundgesetzes angesprochenen "Sozialbindung" des Eigentums war eine Lösung kaum zu finden. Der ebenfalls auf die Schweizerische Regelung wohlklingende Art. 141 der Bayer. Verfassung hatte deshalb wenig praktische Wirkung, weil er als schöner, jedoch unverbindlicher Programmsatz gewertet wurde, der keine einklagbaren Rechte verlieh.

Der Bundesgesetzgeber wird aber auch noch in dem zweiten Anliegen angesprochen: Im Rahmen der Eigentumseinschränkung der erwähnten Vorschrift zu § 903 BGB wird keine Entschädigung vorgesehen, weil es sich keineswegs um eine schrankenlose und allgemeine Maßnahme handelt, sondern weil diese Regelung als eine Folge der Sozialbindung betrachtet werden muß. Wenn die alsbaldige Vorlage eines seit langem anstehenden "Bundeswaldgesetzes" verlangt wird, dann deshalb, weil in ihm gewisse Förderungs- und Stützungsaktionen zugunsten des Waldbesitzes als Wirtschaftsfaktor verwirklicht werden sollen wie z.B. Erlaß der Umsatzsteuer und Vergütung der Brandversiche-

rungsprämien im Weichbild großer Ballungsgebiete, wo besonders starker Massenbesuch mit entsprechender Gefährdung zu erwarten ist. Im übrigen soll dieser - nur von Bayern her mißtrauisch beurteilte - Entwurf der Konkurrenzangleichung im Rahmen der EWG dienen; zumal Frankreich und die Niederlande fortschrittliche Gesetze erlassen haben und ein formulierter Vorschlag seit längerer Zeit diskutiert wird.

Neu ist im Vorschlag der IFA der Appell an die Länderparlamente in der Richtung, Anträge nach Maßgabe eines Musters einzubringen; demzufolge im Rahmen des zu ergänzenden Forststrafrechts den zuständigen (meist Forst-) Behörden das Recht eingeräumt wird, mißbräuchliche Sperrungen von Waldgrundstücken aufzuheben, d.h. dann einzuschreiten, wenn diese Sperren nicht fristgemäß angezeigt oder gar untersagt worden waren. Dabei drohen Geldbußen nach Maßgaben des neuen Ordnungswidrigkeitsrechts in einer Höhe bis 500 DM. Auf der anderen Seite soll auch der Fußgänger, der gesperrte Waldgrundstücke rechtswidrig betritt, mit einer Buße bis zu 100 DM belangt werden können, - jedoch nicht über den Strafrichter, sondern ebenfalls über Verwaltungsbehörden. Wiederum 500 DM als Höchstgrenze einer Buße hat der Kraftfahrer zu gewärtigen, der vorsätzlich und unbefugt außerhalb der zu öffentlichen Verkehr zugelassenen Wege und Parkplätze sein Fahrzeug fährt bzw. parkt. - Darüber hinaus wird schließlich der "Sonderausschuß Strafrechtsreform" des Bundestags gebeten, bei Formulierung des besonderen Teils des neuen Strafgesetzbuches bzw. im Rahmen der in das Ordnungswidrigkeitenrecht zu überführenden Tatbestände der angedeuteten Art den einschlägigen § 368 Ziffer 9 in dem Sinne zu modernisieren, daß nicht nur Schützen geschützt und unbefugtes Betreten durch Geldbußen geahndet werden, sondern ebenso durch Ahnung von Verstößen bei mißbräuchlichen Sperrungen dem Grundsatz des freien Zutritts zum Wald Ausdruck verliehen wird.

Die Zersplitterung in der Praxis des Waldbetretens ist in den einzelnen deutschen Landesgebieten - je nach deren Überlieferungen - außerordentlich groß. Ein auf Herkommen begründeter relativ freier Zutritt zum Wald wird nur für Bayern, das ehemalige Land Baden sowie den Raum Niedersachsen behauptet. Die gemachten Vorschläge, an deren Realisierung die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene nun energisch herangehen müssen, sind aus dem Gesichtswinkel formuliert, daß der Wald der erholungsuchenden Bevölkerung prinzipiell als Erholungsgebiet offen stehen soll und nur im Einzelfall gesperrt werden kann, wenn übergeordnete Interesse dies gebieten und bestimmte Verfahrensvoraussetzungen erfüllt sind. Es ist damit eine Richtung erschlossen, die eine gute Ausgangsgrundlage für eine wirkliche Öffnung und Aufrechterhaltung des Waldes als Erholungsraum für die Bevölkerung bedeutet und sich für die Zukunft segensreich erweisen wird.

Hessens Erfolgsbilanz - 1 000 000 Wohnungen

Nicht jedem e i n e, sondern jedem s e i n e Wohnung

sp - "Bei uns sind im Kriege nicht nur 172 000 Wohnungen zerstört worden, unser Land hat auch 800 000 Vertriebene und Flüchtlinge aufnehmen müssen, und obwohl in der Nachkriegszeit 440 000 Wohnungen neu- oder wieder aufgebaut worden sind, fehlen jetzt immer noch 180 000." Dies stellte der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn in seiner Regierungserklärung 1959 vor dem Landtag in Wiesbaden fest.

Vier Jahre später konnte Zinn darauf verweisen, daß in den Jahren 1959 bis 1962 rund 205 000 Wohnungen gebaut worden seien, "mithin 25 000 mehr als das Anfang 1959 auf 180 000 Wohneinheiten geschätzte Wohnungsdefizit betragen hat. Das gesteckte Ziel ist also nicht nur vorzeitig erreicht, sondern erheblich überschritten worden". Die Errichtung von Wohnungen, so betonte Dr. Zinn damals, sei jedoch nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Problem: "Nicht jedem Bürger e i n e Wohnung, sondern jedem Bürger s e i n e Wohnung sollte unser Leitsatz sein".

Daß dieses Programm in die Tat umgesetzt wurde, beweisen die Zahlen der letzten Jahre. Ungeachtet der gestiegenen Baukosten meldete Innenminister Heinrich Schneider 1964 schon 58 000 fertiggestellte Wohnungen. Im Jahr darauf waren es weitere 57 000 Wohnungen und auch 1966 wieder 58 000. Der Wohnkomfort wurde dabei nicht vernachlässigt: 1965 waren 66,3 Prozent der Neubauwohnungen zentral beheizt.

Im Jahre 1945 hatte der Wohnungsbestand in Hessen einen Tiefpunkt erreicht: nur 777 212 Wohnungen wurden noch gezählt. Zwanzig Jahre später konnte man in Hessen eine stolze Bilanz ziehen: Es gab 1 694 000 Wohnungen. Jede zweite hessische Familie lebt in einer Neubauwohnung. Welche wachsenden finanziellen Anstrengungen das Land dabei unternahm, zeigen diese Zahlen: 1959 stellte die hessische Landesregierung zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus 78,3 Millionen DM bereit. 1962 war die Förderungssumme bereits auf 270,1 Millionen DM angewachsen und erreichte 1966 mit 324 Millionen DM ihren bisher höchsten Stand. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Bund, der sich in den letzten Jahren zusehends von dieser Aufgabe zurückgezogen hat, im gleichen Jahr lediglich noch 10,3 Millionen DM, also kaum drei Prozent des Gesamtbudgets, zur Verfügung stellte.

- * Wenn man die im Jahre 1965 für den sozialen Wohnungsbau aufgewendeten öffentlichen Mittel pro Kopf der Bevölkerung berechnet,
- * liegt Hessen nach Nordrhein-Westfalen an der zweiten Stelle unter allen Flächenstaaten. Dabei ist interessant, daß in Hessen im
- * Durchschnitt größere Wohnungen gefordert worden sind als in den
- * meisten anderen Bundesländern. Freilich hat Hessen je Wohneinheit
- * bisher doppelt so hohe Förderungsmittel aufgewendet als etwa das
- * ebenso finanzstarke Baden-Württemberg.

Allerdinge soll nicht unerwähnt bleiben: Es gibt in Hessen noch 71 800 Wohnungssuchende. Allein 68 000 Wohnungssuchende kommen nach ihrem Einkommen für eine Sozialwohnung in Frage. Zudem leben noch 15 000 Familien in unzureichenden Wohnverhältnissen. Dazu kommt ein laufender jährlicher Bedarf durch Eheschließungen und Zuwanderungen in Höhe von 30 000 Wohneinheiten. Hessen steht also noch vor bedeutenden Aufgaben.

Bukarest

Rumäniens Hauptinteressen liegen auf dem Balkan

Von Pierre Simonitsch, Genf

Vorsichtig, aber zäh verfolgen die rumänischen Führer ihre außenpolitischen Ziele. Wenn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest beträchtlichen Staub aufwirbelte, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß Rumänien sein Hauptinteresse nicht auf Mitteleuropa, sondern auf den Balkan konzentriert. Rumänien gehört nicht zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und ist demnach jeder Verantwortung bei der Regelung der Deutschland-Frage entoben.

In der UKO-Generalversammlung von 1965 brachte der rumänische Außenminister Manescu einen Resolutionsentwurf über "regionale Aktionen zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit unterschiedlichen Sozialsystemen" ein. Die Resolution, eine Art außenpolitischer Blankoscheck, wurde einstimmig angenommen. Im Hintergrund dieser Initiative stand das langfristige Ziel der Regierung in Bukarest, nämlich die Schaffung einer "Sicherheitszone" auf dem Balkan. Der Balkan - oder wie sich Ministerpräsident Maurer präziser ausdrückte: die Balkan- und Adria-Region - besteht in diesem Fall aus Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und der Türkei. Als Einzige der Region unterhalten die Rumänen mit allen anderen genannten Ländern zumindest korrekte zwischenstaatliche Beziehungen; auch mit Albanien. Die Neutralität der rumänischen KP im ideologischen Konflikt Moskau-Peking macht es möglich.

Selbst optimistische rumänische Diplomaten wagen heute noch nicht abzuschätzen, ob sich die Zukunft der Balkan-Region nach den Vorstellungen ihrer Regierung entwickeln wird. Auf den Balkanländern lastet eine schwere geschichtliche Bürde. Während Jahrhunderten überschritten sich auf jenem Teil Europas die sogenannten "Einflusssphären" der jeweiligen Großmächte. Die aktuellen Grenzen zerteilen umstrittene Gebiete. Albanien und Griechenland befinden sich juristisch noch heute im Kriegszustand. Es existiert zwar bereits ein "Balkan-Pakt" - der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei vom 28. Februar 1955 - dessen Wortlaut als Muster für ein breiter angelegtes Abkommen dienen könnte. Aber eine vor nunmehr elf Jahren von den Rumänen angeregte Balkan-Konferenz liegt selbst heute noch im Ungewissen. Bukarest ist sich inzwischen bewußt geworden, daß zuvor eine erste Etappe, die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, abgeschlossen werden muß. Der rumänische Ministerpräsident und sein Außenminister bereisten im vergangenen Jahr die Hauptstädte Griechenlands und der Türkei. In einer Reihe von Verträgen wurden alle Streitsachen ausgeräumt und eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vereinbart.

Die Großmächte stehen bislang diesen regionalen Entspannungsinisiativen eher wohlwollend gegenüber. Der Zeitpunkt dürfte aber nicht mehr so fern sein, wo die Supermächte um ihren Einfluß auf die Geschichte verschiedener Regionen zu bangen haben. Im Ostblock schwenken bereits klar erkennbar Bulgarien und Ungarn auf den außenpolitischen Kurs der Rumänen ein, was die Letzteren nur ermuntern kann, ihren Anspruch auf nationale Unabhängigkeit vollends durchzusetzen.

Großbritannien will in die EWG

Vor dem Besuch des britischen Premierministers Wilson in Bonn

Von Fritz Segall, London

Trotz des Zusammenstoßes des Vorsitzenden der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus, des 82-jährigen Emanuel Shinwell, mit Außenminister Brown ist die Zahl der Stimmen gegen den Eintritt Großbritanniens in die EWG innerhalb der Labour-Fraktion gesunken. Auch in der nichtparlamentarischen Öffentlichkeit gehen die ablehnenden Stimmen ständig zurück.

Nach den Besprechungen Wilsons und Browns in Rom, Straßburg, Paris und Brüssel werden die nächsten Verhandlungen in Bonn von entscheidender Bedeutung gewertet. Bisher blieb nur das Elysée zurückhaltend aber nicht enttäuschend. Doch auch die im liberalen "Observer" berichteten vorsichtigen Worte des Generals: "Ja, aber noch nicht jetzt" haben die britischen Unterhändler nicht entmutigt. Sie wissen, daß auch die deutsche Öffentlichkeit und die Bonner Diplomatie den Beitritt Großbritanniens positiv behandelt und fördert.

Keine Isolierung Frankreichs

Trotzdem dürfte einer der wichtigsten Punkte während der Bonner Verhandlungen die Frage sein, inwieweit die deutsche Regierung bereit ist, den britischen Beitritt in die EWG auch nach der Antwort de Gaulles zu befürworten, zumal die britische Regierung keineswegs beabsichtigt, Frankreich innerhalb der EWG oder in Europa zu isolieren. In Brüssel betonte der belgische Premier, daß Großbritannien zu Europa gehöre, und daß Europa Großbritannien einschließe. In seiner Antwort erklärte Wilson: "Wenn wir einmal in der Lage sein werden, eine wirtschaftliche Einheit in Europa herzustellen, wären wir auch der Beendigung der politischen Differenzen einen Schritt näher gekommen, und wir würden zur Schaffung eines stärkeren Europa viel beigetragen haben". Und der Berichterstatte der "Times" fügte hinzu: "Er hoffte auf ein größeres Europa, das auch osteuropäische Länder umfassen würde".

Gespräche mit Kossygin

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, daß Wilson und Brown vor ihrer Reise nach Bonn bereits Gelegenheit haben werden, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin zu sprechen, der sich in dieser Woche zu einem Informationsbesuch in London aufhält. Whitehall hat es begrüßt, daß die Regierung in Bonn mit Mitgliedern des Warschauer-Paktes Beziehungen aufzunehmen bereit ist, die zu weiteren Entspannungen in Europa führen können. Diese Veränderung des politischen Klimas in Europa wird zu den Gesprächen mit Kossygin gehören, und das Resultat der Unterredungen dürfte zweifellos auch für die deutsche Außenpolitik interessant sein.

Wilson's Pläne

Es besteht kein Zweifel, daß die britischen Unterhändler auch in Bonn mit offenen Karten spielen werden. Dadurch wird der deutsche Partner erfahren, wie sich London die Verhandlungen mit der EWG vorstellt, die, wie Wilson möchte, zunächst nur die Hauptpunkte festlegen sollen: welches Verfahren und welche Zeitspanne bis zum Beitritt zu beachten sind, ob die Anerkennung der Satzungen der Gemeinschaft endgültig vor oder nach dem Beitritt zu erfolgen haben. Wilson wird im Interesse Großbritanniens aber auch der Gemeinschaft Wert auf einen Zeitpunkt legen, der nach der Gesundung der britischen Ökonomie festgesetzt wird, die erhebliche Fortschritte macht.

Großbritannien wird europäisch

Schon in Paris erklärte Wilson jedoch mit Bestimmtheit, die britische Regierung sei nicht der Meinung, daß die internationale Situation, in der sich das Pfund Sterling befindet, ein Hindernis für die Aufnahme in die EWG bilden könnte. In Brüssel führte er weiter aus, daß die Regelung der politischen Fragen für den Beitritt ebenso wichtig wäre wie die Lösung der ökonomischen Schwierigkeiten. Es besteht kein Zweifel, daß Großbritannien europäisch wird.

Inwieweit die Labour-Regierung ihre Beziehungen zum Commonwealth oder zu den Vereinigten Staaten zu ändern vermag oder ihre Haltung "östlich von Suez" zu revidieren bereit ist, sind Fragen, die nur in einem vertrauensvollen Zusammenspiel aller Beteiligten und nur im richtigen Zeitpunkt beantwortbar sein werden.

Schließlich hat auch de Gaulle noch nicht seine wirklichen Absichten geäußert, und er wird sie auch nicht vor den Wahlen preisgeben. Innerhalb der Parlamentsfraktion Labours, wurde kürzlich mehr oder weniger ironisch gefragt, ob der französische Präsident vielleicht befürchte, daß durch den Beitritt Großbritanniens der Einfluß Frankreichs geschwächt werden könnte oder daran denkt, daß er dann die europäische Entspannungspolitik nicht mehr allein betreiben würde.

Keine zweite Absage

Im Oktober 1961 begannen unter einer konservativen Regierung, die von Harold Macmillan geführt wurde, und ebenfalls während einer schweren Außenhandelskrise, die ersten Verhandlungen, die zu einem Eintritt Großbritanniens in die EWG führen sollten. Sie endeten 8 Monate später mit einer Absage des französischen Staatspräsidenten. Zu einer zweiten Absage wird es eine Labour Regierung nicht kommen lassen. Die Reisen der beiden britischen Politiker, die ebenso gute ökonomische Experten sind, erfolgen nicht in der Absicht, von den Regierungen, die sie besuchen, ein JA oder ein NEIN zu empfangen; die Besprechungen dienen vielmehr der gegenseitigen Orientierung und können gegebenenfalls wiederholt werden. Die Gemeinschaft der Sechs, und vor allem Frankreich, muß entscheiden, ob ein geeignetes Europa in Zukunft nicht ein entwicklungsfähigeres Staatsgebilde sein wird als ein Europa, in dem politische und ökonomische Spannungen vorherrschen.